

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Bernh. Otto, Düsseldorf,
Konordiastraße 7.
Druck und Verkauf Joh. van Ralen,
Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernaus: 4592

Der Kampf um die Macht in den „freien“ Gewerkschaften.

Der im Juli dieses Jahres in Nürnberg stattgefundenen Kongress der freien Gewerkschaften beschloß unter anderem eine parteipolitische Neutralitätsklärung. In Wirklichkeit sollte diese Neutralitätsklärung nur eine solche gegenüber den drei sozialdemokratischen Richtungen darstellen. (Mehrheits-, Unabhängige Sozialdemokraten und Kommunisten.) Deshalb bringt die Erklärung auch in ihrem Schlußsatz zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des Proletariats werden müßten, „um den Kampf für den Sozialismus zum Sieg führen zu helfen.“

Daraus geht schon hervor, daß es nur eine Neutralitätsklärung gegenüber den verschiedenen sozialdemokratischen Richtungen, nicht aber gegenüber nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen und Parteien sein soll. Trotzdem hat diese Neutralitätsklärung, soweit sich bis jetzt überschauen läßt, ihren Zweck verfehlt. Seit Monaten kampflosen sich die Anhänger der drei oben angeführten sozialistischen Parteirichtungen in den freien Gewerkschaften um die Herrschaft in denselben. Nach der Parteispaltung ist der alte Gegensatz im sozialdemokratischen Lager nur um so stärker geworden. In diesem Kampf geht es aber nicht mehr nur um die von den Gewerkschaften etwa zu befolgenden Grundsätze, sondern es geht in erster Linie um die Eroberung der Macht, die in der Gewerkschaftsbewegung verkörpert ist. Und nach Gewinnung dieser großen gewerkschaftlichen Macht soll dieselbe vornehmlich oder gar ganz ausschließlich nur als parteipolitische Stütze in Betracht kommen.

Den allerschwersten Stand haben in diesem Kampf wohl unstreitig die Mehrheitssozialisten. Zwischen den Unabhängigen Sozialdemokratie und den Kommunisten besteht keine Übereinstimmung in diesem Kampf. Das ist verständlich. Die Unabhängigen hoffen, die freien Gewerkschaften von innen heraus für sich allein zu erobern, während die Kommunisten, die heute noch die geringere Zahl haben, diese Aussicht nicht hegen können. Ihre Parole ist daher: „Heraus aus den Gewerkschaften“, Bildung einer neuen gewerkschaftlichen Organisationsrichtung, die denn auch bereits gegründet worden ist. Für die „Arbeiterunion“, so nennt sich die neue gewerkschaftliche Richtung, wird von kommunistischer Seite lebhafte Propaganda entfaltet.

Die Unabhängigen haben schon mit großem Erfolg

die Eroberung der freien Gewerkschaften in Angriff genommen. In zahlreichen Großstädten, und in diesen ruht der gewerkschaftliche Schwerpunkt, haben sie bereits die Macht an sich gerissen. Sie machen von dieser Macht rücksichtslosesten und brutalsten Gebrauch. Sie erkennen klar ihr Ziel und fassen es am richtigen Ende an. Zunächst beseitigen sie die mehrheitssozialistischen Führer in den gewerkschaftlichen Ortsverwaltungen. Haben sie die Ortsverwaltungen erobert, können sie die Hand nach den Zentralleitungen ausstrecken. So haben unseres Erachtens die Mehrheitssozialisten den Zeitpunkt, wo sie ihre Macht noch hätten aufrecht erhalten können, bereits verpaßt. Die Vorgänge, die wir nächstehend schildern, bestärken uns in dieser Annahme.

Die letzte Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat sich mit einer Klarheit und Offenheit, die auerkennenswert zum Sozialismus schärfster Richtung bekannt. Die auf dem Verbandstag neu gewählten Mitglieder des Hauptvorstandes sind alle ohne Ausnahme Unabhängige vom reinsten Wasser. Die radikalere, unabhängige Richtung unter Führung des zweiten Verbandsvorsitzenden Fädel, beherrschte vollkommen die Verhandlungen des Verbandstages. Nach dieser Kraftprobe auf dem Verbandstage des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu urteilen, ist dort bereits der Kampf zugunsten der Unabhängigen entschieden. Damit sich unsere Mitglieder ein Bild über die heutige Ver-

fassung der freien Gewerkschaften im allgemeinen machen können, lassen wir hier noch einige Berichte folgen.

Der „Vorwärts“ vom 26. Mai (Nr. 267) berichtet über eine Zusammenkunft von Mitgliedern des Buchbinderverbandes am 20. Mai:

„Sie hatte den Zweck, eine Ausdrache über die gegenwärtigen Zustände im Verband, besonders die in der Berliner Hälfte unter jenen Kollegen herbeizuführen, die politisch auf dem Standpunkt der S.P.D. stehen. (S.P.D.: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, U.S.P.D.: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und K.P.D.: Kommunistische Partei Deutschlands. Die Schriftsteller.) Die Erörterung parteipolitischer Fragen blieb völlig ausgeschlossen; nur die gegenwärtigen gewerkschaftlichen Vorgänge standen zur Diskussion.“

Die Versammlung war stark besucht, besonders von älteren Verbandsmitgliedern. Allein kam zum Ausdruck, daß der jetzt zutretende Ungehorsamkeit der Kollegen der U.S.P.D. und K.P.D., die die gewerkschaftliche Einigkeit im Verbande schädigen muß, durch reitere aktive Beteiligung am Verbandsleben entgegengestellt werden soll. Die Anwesenden gelobten in diesem Sinne zu wirken.“

In Nr. 226 des „Vorwärts“ veröffentlichten die auf dem Boden der Mehrheitspartei stehenden Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes eine lange Erklärung, in der es an einer Stelle heißt:

„Es ist ein möchten wie grundsätzlich, eine Spaltung ist allerdings das bedeutschste, was in einer gewerkschaftlichen Organisation passieren kann. Wenn aber die Anhänger der U.S.P.D. glauben, daß sie sich alles erlauben dürfen, wenn sie in höchst einseitiger Weise leben zu unterdrücken suchen, der nicht ihre politischen Aussichten ist, dann ist es sich ganz gewiß. Wir, die wir auf dem Boden der S.P.D. stehen, wollen gewiß keine Spaltung. Wenn aber der Zwang und der Terror so wie in den letzten Monaten weitergeht, ist die Gefahr der Zersetzung groß... Die Verantwortung dafür, wenn sich das ein erheblicher Teil der Mitglieder des Verbandes auf die Dauer nicht gestalten läßt, haben aber die Mitglieder zu tragen, die glauben an Terror, Ungehorsamkeit und Vergewaltigung sich alles leisten zu können.“

Besonders schlimm liegen die Verhältnisse in den Leipziger freien Gewerkschaften. Dort haben die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes am 9. März beschlossen, daß nur noch Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Angestellte ihres Verbandes werden können. In der Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes erklärte der Kartellvorsitzende Schillen: auf den Kassiererposten besonders müsse ein Kollege kommen, von dem man die Sicherheit habe, daß er, wenn die Leipziger Mitglieder es wünschen, auf das Verbandsstatut pfeift und die vorhandenen Gelder ihnen für jeden gewünschten Zweck aushändige. Die Mitglieder des Gemeindearbeiterverbandes haben beschlossen, sich in einer Versammlung mit der politischen Stellung ihres Angestellten zu beschäftigen! Das Leipziger Gewerkschaftskartell hat endlich den Beschuß gefasst, alle Amtier in den Kommissionen nur durch Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei zu besetzen. Auch bei der Neuwahl des Kartellvorstandes ist restlos nach diesem Grundsatz verfahren.

Die Bremer Metallarbeiter kündigten am 18. März ihren sämtlichen Beamten und bei der sofortigen Neuwahl wurden zwei Kommunisten und ein Unabhängiger gewählt. Die Metallarbeiter in Danzig haben am 20. März ihren Geschäftsführer Krahn gekündigt, weil er Mehrheitssozialist ist. Auch die Berliner Transportarbeiter haben drei ihrer mehrheitssozialistischen Anwältesten entlassen und dann u. a. einen Unabhängigen zum Kassierer gewählt, trotzdem selbst Mitglieder dieser Partei davor warnen, diesen gerade zum Kassierer ungeeigneten Mann zu wählen. Die Stuttgarter Metallarbeiter kündigten ihren sämtlichen sieben Angestellten. Sie belamen ihr Gehalt für ein Vierteljahr ausgezahlt und mußten sofort ihre Stellung verlassen.

Die „Soziale Praxis“, das führende Blatt der bürgerlichen Sozialpolitiker, bringt in Nr. 34 eine Liste von mehrheitssozialistischen Beamten sozialdemokratischer Gewerkschaften, die wegen ihrer parteipolitischen Überzeugung von ihren unabhängigen und kommunistischen Mitgliedern entlassen wurden.

Diese standen zum Teil 12, 15, 17, 19, 21 und 23 Jahre im Dienst ihrer Organisation und waren zum Teil bis 60 Jahre alt. Sie hatten sich nichts zu schulden kommen lassen, nur weil sie nicht in das Horn der Unabhängigen und Kommunisten blasen wollten, wurden sie an die Luft gesetzt.

Einige Verbände, wie der Zentralverband der Handlungsgesellen, stehen schon ganz unter unabhängigen-kommunistischem Einfluß. Alle anderen haben, einer nach dem anderen, unter der Ungehorsamkeit der Radikalen zu leiden. In Düsseldorf hat die Bewegung auch die Gärtnerei ergripen, und es haben sich „unabhängige“ Gärtner und Gartenarbeiter einer unabhängigen Arbeitergruppe angeschlossen.

Der Ausschluß des ehemaligen Stadtcommandanten von Berlin, Wels, aus dem Tapeziererverband auf dessen Hauptversammlung, mit 22 gegen 19 Stimmen beweist, daß dort ebenfalls bereits

der Kampf zugunsten der Unabhängigen entschieden

ist. Die größte deutsche Gewerkschaft, der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, hat in der letzten Hälfte des Oktober in Stuttgart ihre Generalversammlung abgehalten. Wie vorauszusehen war, haben sich in der selben starke Veränderungen ergeben, weil die Unabhängigen in den Delegiertenwahlen die Mehrheit erhalten hatten. Auch diese Tagung hat sich in ihren wichtigsten Beschlüssen auf einen Boden gestellt, der nicht mehr der rein gewerkschaftliche ist, den noch der vor einigen Monaten abgehaltene Nürnberger Gewerkschaftskongress gebilligt hat und von politischen Gesichtspunkten bestimmt ist. Die Mehrheitssozialisten, die bisher im Metallarbeiterverband noch die Mehrheit hatten, aber nun in die Opposition gedrängt sind, können das nicht verhindern.

Die Mehrheit dieser Generalversammlung hat sich

gegen Arbeitsgemeinschaften

ausgesprochen, womit sie sich in Gegensatz zu oberten gewerkschaftlichen Instanz, zu dem Gewerkschaftsbund gesetzt hat, der in Nürnberg die Arbeitsgemeinschaften zu einem Zielpunkt der gewerkschaftlichen Tätigkeit gemacht hat. Welche Folgen dieser Gegensatz haben könnte, hat die „Freiheit“, Organ der Unabhängigen, vor der Stuttgarter Tagung folgendermaßen gekennzeichnet:

„Der alte Vorstand wäre damit erlebt. Die Opposition müßte aus ihrer Mitte einen neuen Vorstand bilden. Dann bedeutete dieser Bruch aber auch den Bruch mit dem Gewerkschaftsbund, der sich auf die Arbeitsgemeinschaft festgelegt hat. Der Metallarbeiterverband als stärkste Gewerkschaft muß, logischerweise, den Bund verlassen. Aber weiter würde dadurch auch die weitere Vereinigung der Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverbänden zerstört, denn die Arbeitsgemeinschaft der Metallindustrie ist das stärkste Glied der Arbeitsgemeinschaften der deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Das löste dann wiederum eine starke Schärfierung der Wirtschaftspolitik der jüngsten Reipierung aus, die in ihren Wirtschaftsräten eine Ablehnung an die Arbeitsgemeinschaften nicht. Welche Konsequenzen sich noch weiter ergeben würden, läßt sich vorläufig noch gar nicht übersehen.“

Es ist in Stuttgart den radikal gerichteten Kreisen, die zu den unabhängigen Sozialdemokratie und den Kommunisten zählen, tatsächlich gelungen, den Deutschen Metallarbeiterverband mit ihren Bestrebungen zu durchsetzen. Es war ein Kampf um die Macht, der innerhalb des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart zwischen den Unabhängigen der Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten ausgetragen wurde. In welcher Form die Gegenseite ausgetragen wurden, darüber schrieb die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ (Nr. 241 vom 23. Oktober 1919):

„Also, nicht die Meinungsverschiedenheit an sich ist das Riederdrückende dieses Kongresses, sondern das Besenlose und Verfehlte seiner Debatte, das Glänzende der Gelehrsamkeiten und das gänzliche Verlieren der eigentlichen Aufgaben. Eine solche Verirrung war nur möglich, weil die ganzen Verhandlungen von vornherein auf das Unsoziale eingestellt waren, weil der Streit parteipolitischer Richtungen so dominierte, daß das, was ihm erst seinen Inhalt geben kann, die Vertretung unvertrauter Interessen und das Wohl der Arbeiterschaft, gänzlich im Hintergrunde verschwand. Da-

Sozialdemokraten kein zu kriegen, der verhaschten Generalversammlung am Ende zu liegen, das war das einzige Ziel, hinter dem alle wichtigen Aufgaben und Rüte vor Gott unter die Schwelle des Gewerkschaftsauftretens standen. Es ist ein tragisches Schicksal, daß die Gewerkschaftsbewegung gerade in diesem Augenblick, in dem sie höchsten Erfolgen an zu verzeichnen zu ihrer Leistung durch verrückende Kämpfe umgangen wurde, um geweckt wird, daß man sich infolgedessen in höchstes Weise um wesentliche Dinge bemüht, während sie die höchsten Interessen der Arbeiterklasse eine entzweibende Stunde gesetzten hat.

Die radikale Richtung, die jetzt im Metallarbeiterverband die Oberhand gewonnen hat und die dem gewerkschaftlichen Programm der Unabhängigen entspricht, fordert: „1. Ausschaltung der Bureaucratie, d. h. willkürliche Demokratie; 2. Anerkennung der Betriebsräte als Organe der Sozialisierung; 3. Anerkennung des Unterstützungswesens zu besserer Herausbildung des Kampfcharakters; 4. Auflösung des Massenstreits als eines politischen Kampfmittels.“ Die Ausschaltung der Bureaucratie, die hier gefordert wird, hat doch wohl keine andere Bedeutung als die, daß man an die Stelle der bisherigen Bureaucratie eine andere setzen möchte, die den Unabhängigen genehm wäre, denn ohne Bureaucratie überhaupt kann doch gar keine Gewerkschaft arbeiten. Tatsächlich sind ja auch auf der Tagung des Metallarbeiterverbandes alle Beamtenposten wieder besetzt worden, nur eben vorwiegend mit Unabhängigen.

Der bisherige Verbandsvorsitzende, Reichsarbeitsminister Schlick, ist von seinem Posten nach 28-jähriger Tätigkeit zurückgetreten. Er hatte an die Generalversammlung ein Schreiben gerichtet, worin er unter andern erläutert:

Nachdem aber

das Wort die Macht über die Tat errungen hat, muß ich als aufrichter Mann, der zu sein ich mich stets bemüht habe, mich von Euch trennen.

Ihr steht vor schweren Aufgaben. Nur Gute Einigkeit kann sie lösen. Wollt Ihr Euch Enttäuschungen ersparen, stellt Euch auf den Boden der Tatkraft. Läßt Euch nicht blenden durch Worte, schaet nicht aus die Stimme der Erziehung, die in der Verbandsleitung verkörperzt ist. Erhömet eicher nicht Ihre Aussage. Beurteilt sie wie Euch selbst.

Schlick hat tauben Ohren gepredigt. Die Mehrheit der Stuttgarter Generalversammlung hat sich trotzdem noch durch Worte blenden lassen und das Wort hat tatsächlich die Macht über die Tat errungen. Der Stuttgarter Verbandsstag hat sich zum radikal-spezifischen Sozialismus bekannt und nicht nur allein die Politik der Generalversammlung, des Verbandsvorstandes und der Metallarbeiterzeitung auf das allerhärteste verurteilt, sondern auch als prinzipieller Anhänger des Klassenkampfes sich gegen Gewerkschaft, Tarifgebunden und Demokratie erklärt.

So sieht die Arbeit der U. S. P. für die Arbeiterschaft aus. Sie sind die Anhänger der Diktatur, und das, was sie auf politischen Gebiet bis jetzt machen, nämlich Terror, Handgranaten- und Revolvernolitik, oder eine Kehle mit Hengst und Rechenzange, dürfte sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf dem gewerkschaftlichen Gebiet abspielen, wenn die U. S. P. in den „freien“ Gewerkschaften auf der ganzen Linie den Sieg davontragen werden. So ist z. B. sehr bezeichnend, daß die radikale Mehrheit des Metallarbeiterverbandes u. a. beschlossen hat, von der Regierung sofortige Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sovjetrußland zu fordern. Mit Bezug hierauf schrieb die sozialdemokratische „Weltische Zeitung“ (Nr. 240 vom 22. Oktober): „Bahn frei! ist das die neuere Gewerkschaftsangelegenheit. Ist da neuen „grüßen“ Führung des Metallarbeiterverbandes bekannt, daß dies ein Bruch des Friedensvertrages wäre? Wünschen sie eine Wiederaufnahme des Krieges? Über haben sie doch wieder einmal eine alte liebe Tradition aus der Schule geholt und sich weiter nichts dabei gedacht?

So stehen die Dinge heute in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung. Wenn diese Entwicklung wie bisher anhält, dann kann man mit Bestimmtheit annehmen, daß die Mehrheitssozialisten aus dem gewerkschaftlichen Gebiet das Spiel verloren haben. Diese Ansicht auf Erfolg ist es erfärlich zu stellen, warum die unabhängigen Sozialdemokraten gegen die von den Kommunisten betriebene Gesellschaftssplitterung sind. Sie hoffen, die freien Gewerkschaften zu erobern und dadurch für ihre Partizipanz zu gewinnen. Gelingt den linabhängigen dieses Ziel zu erreichen, und das scheint, wie die Dinge liegen, schon bald einzutreten, dann sind die Mehrheitssozialisten auf der ganzen Linie geschlagen.

Es ist kein erstaunliches Bild, das die deutsche Gewerkschaftsbewegung im Augenblick bietet. Man armen tiefsinnigen Mitgliedsreihen und nach ihnen Konsolidat und im Engezwang logar drohende Spaltung. Aber: „Dass ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortwährend böses nach gebären.“ Wer die Gewerkschaften zu parteidoktrinären Zwecken nutzt, darf sich nicht wundern, wenn ihre Einheit deren zugrunde geht, so schrieb recht treffend mit Bezug auf die drohende Spaltung in den freien

Gewerkschaften, die „Gaugewerkschaft“, Nr. 38 vom 21. September.

Die hier geschilderten Vorgänge lassen auch wieder einmal klar und deutlich erkennen, wie durch die Verquälung von Gewerkschaft und Parteiopolitik die Gewerkschaften und damit die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter auf das altheroverste geschädigt werden. In unsern freien Gewerkschaften gibt es keine parteipolitischen Kontrahenten. Bei uns kümmern sich die Mitglieder nicht um die politische Stellung ihrer Führer und umgekehrt fragen die Führer auch die Mitglieder nicht nach ihrer parteipolitischen Betätigung. Sowohl unter den Mitgliedern als wie auch unter den führenden Ständen unserer Gewerkschaften befinden sich Anhänger aller politischen Parteigruppen. Trotzdem ist nie von einer Seite auch nur der Versuch einer Bergverlängerung gemacht worden. Die ganze geistige Verfassung unserer Mitglieder ist jeder Kündigung abhold und nur darauf gerichtet, unter Zusätzlich aller parteipolitischen Gesichtspunkte nur wohltuende Standesarbeit zu treiben. Darum gehören alle Arbeiter und Arbeitnehmer, die auf dem Standpunkt der Interessenvertretung unter Ausschluß aller parteipolitischen Fragen stehen,

Hinzu in die freien Gewerkschaften.

Ein deutsches Tarifarchiv.

Seit dem Abkommen vom 15. November 1918, in welchem die Zentralverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart hatten, daß die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeitnehmer entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzulegen und die Verhandlungen hierüber ohne Bezug aufzunehmen und schließlich zum Abschluß zu bringen seien, hat ein ungeheuerer Aufschwung des Tarifvertragswesens eingesetzt, zumal nachdem durch Verordnung des Rates des Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 einige der dringlichsten Fragen des Tarifvertragsrechts vorläufig geregelt worden waren. Sind es bislang im wesentlichen nur die handwerksmäßigen Betriebe gewesen, in denen der Tarifvertrag zu Hause war, so überbieten sich jetzt Handwerk und Großindustrie, Handel und Landwirtschaft, Arbeiter und Angestellte im Abschluß von Tarifverträgen. immer zahlreicher werden von Tarifverträgen erfaßt, immer zahlreicher werden die Gegenstände, über die in diesen Vereinbarungen bestimmungen getroffen werden. Bei dem von Tag zu Tag wachsenden Umfang des Tarifvertragswesens ist es begreiflich, daß die Verträge untereinander oft größere Unterschiede zeigen, als durch berufliche oder örtliche Besonderheiten gerechtfertigt erscheinen. Im Interesse einer gesunden sozialen Entwicklung aber liegt es, wenn sich zwischen den Abmachungen der verschiedenen Verträge jeweils möglich ein Ausgleich vollzieht. Das gilt nicht nur für die Wohnlage, sondern nicht weniger auch für den übrigen Inhalt der Tarifverträge, indem gute und ehrbare Verhältnisse möglichst Allgemeingut aller Verträge, überholte und nicht bewährte Vereinbarungen aber nach Möglichkeit vermieden werden. Das ist nur möglich, wenn eine zentrale Stelle besteht, die möglichst natürlich in Deutschland abgeschlossenen Tarifverträge sammelt und überblicklich ordnet und den Beteiligten jederzeit die Einsichtnahme und Verarbeitung ihres Materials gestattet. Iwar bestellt ist schon eine Reihe von Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in größerem oder geringerem Umfang mit der Sammlung von Tarifverträgen; so begründet ist eine solche Sammlung auch, ist sie zum bestenfalls nur den Erfolg haben, daß die im Organisationsbereiche der betreffenden Verbände abgeschlossenen Tarifverträge rasch werden, eine zentrale Sammlung wird dadurch nicht übermäßig gemacht. Auch kann präzise, von Interessenkreisen ausgehende Sammelaktion niemals ein anständiges Resultat erzielen. Nur eine solche unparteiische Einrichtung wird auch das Maß von Sicherheit in allen sozialen Sparten gewährleisten, das für ein gesellschaftliches Wissen der Bevölkerung notwendig ist, vor allem, wenn es sich darum handelt, zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und zur Herbeiführung von Tarifverträgen zu verhängige Unterlagen zu liefern.

Aus diesen Erwägungen heraus ist zu Beginn dieses Jahres bei dem Statistischen Reichsamt, Abteilung für Arbeitstatistik, dem die jährliche Tarifstatistik obliegt und dem aus diesem Grunde schon bisher alljährlich die im Laufe des vorhergehenden Jahres abgeschlossenen Tarifverträge zugänglich, ein Tarifarchiv vorhanden, das jährlich im Gebiete des Deutschen Reichs abgehandelten Tarifverträgen möglichst bald nach ihrem Abschluß zu erhalten und zu überprüfen ansetzt. Dieses Archiv ist nicht zu verwchseln mit der Sammlung von allgemein verbindlichen Tarifverträgen, die sich dem Reichsarbeitsministerium als Zubehör des Tarifregiments befindet und nur einen kleinen Bruch der Tarifverträge enthält. Das beim Statistischen Reichsamt, Abteilung für Arbeitstatistik, eingemittelte Archiv umfaßt hingegen nicht nur die allgemein verbindlichen, sondern auch die große Masse der abigen Tarifverträge und enthält zurzeit bereits über 2500 in diesem Jahre abgeschlossene Tarifverträge. Anfang mit Vollständigkeit über kann es nur machen, wenn es sich auf die Menge aller an Abschluß von Tarifverträgen beteiligten Personen und Betrieben reizen kann und diese ihm

Abhören oder Andenken der von ihnen abgeschlossenen Verträge möglichst bald überseinden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß durch Pressemitteilungen, die zudem den Tatsachen oft voraussetzen, nur ein kleiner Teil der zu starkebekommenen Tarifverträge bekannt wird.

Es wird nicht verkannt, daß die Einsendung der Verträge für die ohnedies stark in Anspruch genommenen Verbandsvorstände eine Belastung darstellt; es steht aber zu hoffen, daß, wenn sich erst die Aufstellung von der Bedeutung eines solchen Archivs bis in die kleinste Ortsstellen hinein verbreitet hat, sich die jetzt nötigen zeitraubenden Rückfragen und Anforderungen der Zentralverbände an die Unterverhände erübrigen werden. Unterseits dürfte die Benutzung eines solchen der Allgemeinheit geöffneten Archivs, das besondere Verbandsarchive, wenn auch nicht überflüssig macht, so doch wertvoll ergänzt, die Arbeit der Verbände auf dem Gebiete des Tarifvertragswesens wesentlich erleichtern und dadurch die mit der regelmäßigen Belieferung des Tarifarchivs verbundene Mehrarbeit rechtlich aufwiegen. Nur dann, wenn alle mit dem Abschluß von Tarifverträgen befassten Organe sich des hohen Wertes eines deutschen Tarifarchivs bewußt sind und diesem ihre Unterstützung leihen, kann es den wesentlichen Grund für die Weiterbildung des Tarifvertragswesens und die Festigung des sozialen Friedens sein.

Soziale Krise im Steuerungswesen in England.

Angesichts der großen sozialen Erschütterungen, denen England in St. ausgesetzt ist, gilt es, nicht nur den augenblicklichen, sondern auch nach den tiefen Ursachen zu fragen, und da ist wohl sicher, daß eine der wichtigsten in den Großgrundbesitzerhaften, in der falschen und einseitigen Grundbesitzverteilung, in England liegt. Wohl in wenigen Ländern der Erde ist der ländliche Grundbesitz derartig in der Hand einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großgrundbesitzern vereinigt und die große Masse des Volkes so von ihm ausgeschlossen, wie in England. Die Verhältnisse sind ja bekannt, aber es wird im gegenwärtigen Augenblick doch von Interesse sein, sich einige Tatsachen vor Augen zu halten, die Dr. Ernst Schulze soeben in einem Aufsatz im Septemberheft des Archivs für Innere Kolonisation (Berlin SW, Dessauerstrasse 7) mitteilt. Danach stimmt das englische Landbesitzsystem in seinen Grundzügen noch aus den Zeiten der normannischen Eroberung. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts nahm in England — gemeint ist hier wohl England im engeren Sinne, ohne Schottland und Irland — der Großgrundbesitz mehr als zwei Drittel der Gesamtfläche des Landes, also unvergleichlich viel mehr als in Deutschland, ein. Von dem Herzog von Sachsenland, der freilich der größte Grundbesitzer in ganz Großbritannien ist, wird erzählt, daß er 80 Kilometer in grader Linie fahren könne, ohne seinen Besitz zu verlassen. Unterseits hat auch die Zahl der auf Farmen bedienten zwischen 1881 und 1911 von 136 000 auf 87 000 abgenommen, während gleichzeitig die Wildhüter von 42 500 auf 59 000 sich vermehrten. Ebenso scheint es, daß sich bis zur Gegenwart dieses Vorwiegens des Großgrundbesitzers nicht verringert, sondern eher noch verstärkt hat. Auch die englischen Städte stehen bekanntlich großenteils auf Boden, der einzelnen Großgrundbesitzern gehört und fideikommisarisch gebunden ist, und aus diesem Besitz ziehen diese Grundbesitzer riesige Renten, so z. B. einer der größten Grundbesitzer in London, der Herzog von Westminster, etwa 57 Millionen Mark jährlich. Das solche Verhältnisse in hohem Grade vollständlich und aufreizend wirken, liegt auf der Hand. Natürlich haben sich schon seit gewisser Zeit Gegenbestrebungen gegen diese ungeheuren Zustände geltend gemacht, und sie haben u. a. im Jahre 1907 zu einem besonderen Ansiedlungsgesetz geführt, das die Schaffung kleinen Grundbesitzes zum Giele hatte. Indes ist der Erfolg dieses Gesetzes, wenn auch in absoluten Zahlen nicht gering, so doch der Größe der Ausgabe gegenüber ganz verschwindend geblieben: Es sind in sechs Jahren etwa 17 000 Kleinbauern mit Land verschenkt worden, davon weitauß die meisten nur mit Pachtland. Über es ist neuerdings und wohl besonders unter der Einwirkung der Erfahrungen des Krieges ein starkes Steigen in der Reformbewegung festzustellen, auch in konservativen Kreisen. Es ist auch für unsere Verhältnisse interessant, daß u. a. Lord Lansdowne betont, daß sich der Zugang nach den Städten nur durch den Besitz eines Stückes Land herstellen lasse. Für eine Umwandlung der ländlichen Besitzverhältnisse in ganz großem Stile hat sich neuerdings auch Lord George eingefordert. Er hat in öffentlicher Rede ausgeführt, es sei Platz für 400 000 neue Arbeitkräfte in der englischen Landwirtschaft. Es liegt aber auf der Hand, daß zur Bewirtschaftung dieses Platzes eine ganz umfassende Agrarreform erforderlich sein würde. Auf alle Fälle steht die Kleinsiedlungsfrage jetzt in England mit an erster Stelle auf der Tagesordnung. Die Freude ist aber, ob diese Bewegungen jetzt noch zeitig genug kommen, um eine große soziale Umwälzung in England zu verhindern. Diese Verhältnisse enthalten die denkbare ernste Mahnung für uns, auch bei uns der Kleinsiedlungsfrage in Stadt wie Land die tatkräftigste Ausweitung zuwidmen!

Neue soziale Aussichtsmöglichkeiten.

Eine blühende Landwirtschaft ist das Fundament jedes gesunden Staatswesens. Wie haben deshalb ein ritales Interesse an dem Gedanken unserer landwirtschaftlichen Berufsstände, und zwar umso mehr, als ein gemeinsamer

gebrochenes Volk eine Kraft nur aus der heimischen Schule schöpfen kann. Diesem Ziele soll die beschäftigte Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe und die Stützierung und Versetzung unserer umfangreichen Oberschichten dienen. Dazu bedarf es aber menschlicher Arbeitskräfte in weit höherem Maße, als der Landwirtschaft zur Zeit zur Verfügung stehen. Auf ausländische Wanderarbeiter können und wollen wir nicht mehr rechnen, zumal wir in den Städten Arbeitskräfte im Überfluss haben. Soweit diese mit landwirtschaftlicher Arbeit vertraut sind oder wenigstens ihre Jugend auf dem Lande zugebracht haben, müssen wir sie für das Land wiederzugeben suchen. Sie werden seinerzeit zumeist mit Rücksicht auf bessere Verdienstmöglichkeiten vom Lande in die Stadt gezogen sein. Sie werden nur dann auf das Land zurückkehren wollen, wenn sie Aussicht haben, ihre soziale Stellung nicht zu verschlechtern, sondern in absehbarer Zeit emporzusteigen. Die Möglichkeit des sozialen Aufstieges gibt der § 22 des Heimatstiftungsgesetzes, der folgendes bestimmt:

Landgemeinden oder Gutsbezirke können durch Anordnung der von der Landeszentralbehörde zu bezeichnenden Stelle verpflichtet werden, denjenigen Arbeitern, welche im landwirtschaftlichen Betrieb ihres Bezirks ständig beschäftigt sind, auf ihren Wunsch Gelegenheit zur Pacht oder jüngsten Nutzung von Land für den Bedarf des Haushalts zu geben.

Die Überlassung muss gegen angemessene Entschädigung erfolgen. Arbeitern darf in dem Überlassungsvertrag eine Arbeitsverpflichtung gegenüber einem bestimmten Arbeitgeber nicht auferlegt werden.

Macht der Arbeiter von seinem Recht aus § 22 a. a. D. Gebrauch, so kann es ihm bei Fleiß und Tüchtigkeit gelingen, in einigen Jahren so viel zu erübrigen, daß er sich ein eigenes kleines Heim erwerben kann. Braucht er doch auf ein Arbeiterrentengut in einer Größe von 2 bis 6 Morgen mit Gebäuden nur ein Zehntel des Kaufpreises bar anzuzahlen. Der Rest wird als unländliche, in etwa 60 Jahren tilhbare Rentenbankanteile im Grundbuch seines Grundstücks eingetragen. Seit dem Erwerbe eines Rentengutes hat der Arbeiter seine soziale Lage verbessert und gesichert. Und von der Arbeitssfeile bis zur selbständigen Nahrung ist der Weg nicht mehr allzu weit.

Diese glänzenden Ausstiegsmöglichkeiten werden zweifellos viele Städter veranlassen, auf das Land zurückzukehren. Sie werden damit nicht nur ihrem eigenen Interesse, sondern auch dem Wohle unseres Vaterlandes dienen.

Allgemeine Kündigung.

Unglaubliches vom Kampf gegen das Schiebetum.

Der „Rhein. Volkswacht“ in Köln wird geschrieben: „In einer großen Beamtenversammlung am Sonntag, den 19. Oktober, im Reichsbahnhoftheater, machte der zweite Präsident, Postsekretär Hantel, Aussagen erziehende Kündigungen folgender Art: „Ich habe mit mehreren Polizeikräften, auch solchen, die heute hier anwesend sind, zusammen gesprochen. Diese haben mir dabei erklärt, sie möchten ganz genau, wo die Schieber seien und wo dieselben ihre Zufluchtsstätten hätten. Räumen sie aber dorthin, um die Toten zu bestagnahmen, so würde ihnen von diesen Toten erlaubt: „Bitte, nahmen können Sie die Toten, aber wenn Ihnen Ihr Leben gefährlich ist, so lassen Sie es sein! Wenn Sie jedoch schwören und von der Beischlagnahme Abstand nehmen, so erhalten Sie den und den Betrag!“

Niedner führt dann weiter aus, welcher Polizeibeamte steht bei den heutigen Teuerungsschwierigkeiten und bei dem unzureichenden Schutz nicht das letzte vor? Wenn diese Ausführungen den Tatsachen entsprechen, dann brauchen wir Polizeitruppen, um mit dem Gesindel wie mit Verbrechern aufzuräumen.

Soll der Kampf gegen das Schiebetum mit Erfolg geführt werden, dann muß das ganze Volk mithelfen. Jeder, der sich nach schwerer Kriegszeit noch Frieden sehnt, der aus Sorgen und Bedrängnis endlich wieder zu erträglicheren Verhältnissen gelangen will und jeder, der nicht länger dulden will, daß dieser Abschau am Menschenheit weiter herrscht, muß hier mithelfen. Eine solche Schreckensherrschaft endgültig zu fürgen. Soll nicht noch mehr Moral und Sitten vernichtet und die Leiden und Sorgen des Alltags viertausendmal vergrößert werden, dann muß jeder mithelfen, diese Vollstrecker der gerechten Strafe entgegen zu führen, sie mit Stumpf und Stiel auszurütteln und das Volk von diesem Krebskrebs zu befreien.

Vom Gespenst der Kohlennot.

Das WTB berichtet:

„Die Kohlensorgung ist infolge der Zusammensetzungen in Bruchköpfen an die Untente, welche noch bei weitem nicht in dem vorgeesehenen Maße erfüllt werden können, in ein sehr ernstes Stadium getreten. Durch den seit Wochen andauernden Eisenbahnmangel können in der nächsten Zeit neben den Eisenbahnen nur die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, der Handel und die allgemeinsame Lebensmittelindustrie betrieben werden. Auch die Belieferung dieser wirtschaftlich allerwichtigsten Betriebe kann nur in beschränktem Umfang erfolgen. Sobald eine Befreiung der Tage eintrete, wird diese Einschränkung der Kohlensorgung sofort wieder aufgehoben werden.“

Die „Vorhersage“ der Regierung hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Rämtlich der Glaube daran, daß schon bald eine Besserung der Lage einzutreten wird. Bei den ersten Zusammensetzungen an die Untente ist ja leider nicht im mindesten darauf zu hoffen. Auf den durchharten Ernst der Lage kann nicht oft und nicht einbringlich genug hingewiesen werden, zumal noch große Unsicherheit über die Dinge einer ungewöhnlichen Entwicklung hängt. Mancher wird sich

der schrecklichen Folgen unserer Kohlennot vielleicht bewußt, wenn er folgende Meldung liest:

Die Staringsche Gewerbeversicherungsgesellschaft mahnt den Betrieb der Sankt-Peterburg-Gesellschaft für Lungenerkrankungen in Sankt Petersburg plötzlich einzuhören, weil sie vom Kohlenbergbau völlig ausgeschaltet wurde und nicht einmal mehr über so viel Kohlen verfügt, um trotzdem den Fuchsenbetrieb aufrecht zu erhalten. Sollte eine Sitzung in der Lieferung der elektrischen Energie eintreten, so wird auch das Karl-Friedrich-Hospital in Sankt Petersburg mit etwa 800 Pfleglingen in Mitleidenschaft gezogen.

Doch etwa ein Kino oder Tanzsaal wegen Kohlenmangels den Betrieb einzuhören müsste, ist nicht bekannt geworden. Deshalb werden tuberkulosekrank Menschen ohne Hoffnung auf Heilung in ihre Familien zurückgeschickt, um auch diese weiter zu gefährden. Auch mit den Kindern, die in manchen großen herrschaftlichen Wohnungen verschwendet werden, könnten sehr wohl alle Heilstättenbetriebe aufrecht erhalten werden.

Wo bleiben die Kleider- und Webwaren?

Die Metallarbeiterverbände (christlicher, Hirsch-Dreicer-Sher und Deutscher) haben gemeinsam mit mehreren Arbeiterschaftsvereinen und Arbeitgeberverbänden der Metallindustrie an das Reichsministerium für Wirtschaft in Berlin in einem Schreiben Auflösung über den Verbleib der Kleider- und Webwaren verlangt. Darin erklären sie, daß sie mit lebhafter Geduld davon Kenntnis gekommen, daß die Bemühungen größerer Industrieller Werke, Bekleidungsgegenstände für die Arbeiter zu beschaffen, seitens der Reichstextil-A.-G. mit den Gewerken abgewichen worden seien, daß die genannte Aktien-Gesellschaft über keinerlei Bestände mehr verfüge. Dagegen müsse umso mehr lebhafter Einspruch erhoben werden, als festgestellt in den Anzeigen der Tageszeitungen von Privatfirmen große Bestände zu öffentlichen Verkauf mit dem Zusatz: „Ausfuhr in das Ausland genehmigt!“ angeboten würden, so, um nur ein Beispiel zu nennen, in der „Frankfurter Zeitung“ vom 9. September dieses Jahres, 150'000 Wolldecken, 150'000 Bettbahnen, 150'000 Fußunterlagen, 150'000 Schürzen u. s. w.

In dem fraglichen Schreiben wird mit Recht darauf verwiesen, daß z. B. die Zellulose aus bester Arbeitsmöglichkeit für die im Freien beschäftigten Arbeiter Verwendung finden könnten, wie auch daß die Schäferei und Schafzucht mit größter Freude im Inlande aufgenommen worden wären. Die Reichsregierung wird dann dringend aufgefordert, diesen Schieber- und Wucher-Geschäften endlich ein Ziel zu legen und für die Bekleidung der deutschen Arbeiter die unbedingtesten Maßregeln zu treffen.

Es ist tatsächlich überraschend, daß die Reichstextil-Aktien-Gesellschaft über keinerlei Bestände an Bekleidungsstücken mehr verfügen soll, während doch jetzt noch sogar das Rückhaus derselben und zwar massenhaft, aus Deutschland bezogen kann. Sollten da nicht in der Zeit der „glorreichen“ Revolution gewisse Preise sich zu Mittäglichkeiten an dem großen Volksverbrechen, genannt Schieber- und Wucher-Tum, gemacht haben? Diese gewissenlosen Elemente gehörten dann ebenfalls vor einen Staatsgerichtshof gestellt zu werden und verdienten vor dem ganzen Volke entlarvt und gebrandmarkt zu werden.

Die Gewissensfreiheit und die Unabhängigen.

Der „Borwärts“ vom 28. September schreibt:

„Bei auf der Hamburger Bausparverfi beschäftigter Arbeiter, Grossmeister Röhler, hat im „Hamburger Echo“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er die Meinung vertreibt, daß die Unabhängigkeit frischer über älter wiederbeschafft werde. Daraus erzeugt der Betriebsrat des Hotels seine soziale Steigerung. Eine mehrheitlich sozialistische Metallarbeiterkommission, die über seine Wiedereinführung verhandeln sollte, wurde wohl beschimpft, bedroht und unter Schlägen aus der Werk herausgeföhrt. Die Entwicklung des Metallarbeiterverbandes lehnt jede Verbindung mit ihr ab und ist nicht Röhler, ein verheirateter Mann mit fünf Kindern, auf dem Straßenkäfer liegen, und der unabhäfige Arbeiterrat hat entschieden, daß er nicht einmal Arbeitslosenunterstützung erhält. Diese Gewaltwirtschaft eines brutalen Gesindels, das ist heute der aktive Teil der USPD. Nach dem, was die Rautenkirchen und Ströbel lehren und die Haase und Dittmann innerlich denken, träßt in den Mäßen der USPD kein Hahn.“

Während, so schreibt der sozialdemokratische „Borwärts“ über die radikale Seite in der Sozialdemokratie. Wie hieß es doch früher: Und willst du nicht mein Bruder sein, dann schlag' ich dir den Schädel ein.

Freiheit statt Freiheit durch sozialdemokratische Gewerkschaften.

Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ist das Schlachtruf der Sozialdemokratie. Wie es in die Tat umgesetzt wird, lehrt nachstehender Fall, wie er brutal nicht gedacht werden kann. Bei der Firma C. Werm in Darmstadt hatte sich nach der Revolution ein Teil der Arbeiter dem christlichen Fabrikarbeiterverbande angeschlossen, bei den Wahln zum Arbeiterausschuk eine eigene Liste aufgestellt und auch einen Vertreter in den Ausschuk bestimmt. Die christliche Organisation war von Anfang an durch die sozialistische Organisation der schwersten Gewerbe ausgesetzt. Der Vertreter des christlichen Gewerbes wurde von den roten Freiheitshelden entgegen den gesetzlichen Bestimmungen aus dem Arbeiterausschuk in dieser Sache ging sie stets aus dem Wege, beur-

teigte sie bis heute nach wie auch obwohl die Anfrage von den christlichen Arbeitnehmern gestellt, wiederhol auf der Tagesordnung der Volksschule gestanden hat. Die Erörterung fand diese schmückige Kampfweise am 26. September. Früh morgens wurde der Betrieb wiederholt still gelegt. Die christlich organisierten Arbeiter wurden vor das Tribunal des verfammelten Arbeiterausschusses gerufen, der ja durch den Gewaltakt der Genossen (Abschluß des christlichen Arbeiters) rein sozialistisch geworden war und ihnen dort erzählt, daß sie sie unter vollständiger Seitestellung ihrer Überzeugung dem sozialistischen Fabrikarbeiterverband anzuschließen hätten oder sofort die Arbeitsstelle verlassen müssten. Mit einer barbarisch grausamen Bestrafung und Handlungswise wurden 50 zum Teil Fahrscheine bei der Firma Werm beschäftigte Familienälter mit fünf bis sechs Kindern in einer Zeit der bittersten Not brüderlos gemacht und nur dadurch, daß sie sich bedingungslos dieser brutalen Vergewaltigung beugten, konnte das weitere Elend und der Hunger für sie und ihre Familien abgewendet werden. Mit besonderem Hass verfolgt man den Vorstand des christlichen Fabrikarbeiterverbandes, der ebenso in dem Betrieb Werk arbeitete wie den Liebestrift ablehnte. Schon ein Menschenalter arbeitete der Mann im Betrieb, den die Nazis vor solchem Terror nicht schützen kann. Sie zahlt dem bewährten Arbeiter bisher den Sohn, erklärt aber, daß er den Betrieb nicht betreten dürfe, da sie für sein Leben und seine Sicherheit nicht garantieren könne. So geschehen unter der glorreichen Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Ulrich in Freistaat Hessen. — Ja, Freiheit, die ich meine —

Aus unserer Industrie.

Aus der internationalen Textilindustrie

Liegen folgende legitime Berichte vor. In England hat das Baumwollgewerbe außerordentlich starke Beschäftigung, zugleich die Preise sowohl für Güter wie für Gewerbe nicht wesentlich gestiegen sind. Die Ausfuhr hat wesentlich zugenommen. Auch das Wollengewerbe in allen seinen Teilen hat große in- und ausländische Orders in Händen, welche alle Maschinen auf Monate hinaus beauftragen werden. Die Betriebe, eine großzügige Kunstlederindustrie in England einzuführen, müssen abschätzungsweise geleistet gelten. Auch fernerhin werden die verarbeiteten Zweige darauf angewiesen sein, in der Hauptzweigindustrie vom Auslande zu beziehen. Was die Baumwollindustrie anbelangt, so ist die Bekleidung mit Raffia aus Brasilien und aus Nordfrankreich noch immer sehr geringfügig und auch der irische Flachs ist bei weitem nicht hinreichend, um die Industrie befriedigen zu können. Auch in der Baumwollindustrie haben die Preise fast fertige Fabrikate erhebliche Steigerungen erfahren. Besonders günstiger als bisher lantet die Berichte aus der spanischen und zum Teil auch aus der portugiesischen Textilindustrie. Wenn auch in den Vereinigten Staaten die Lage des Textilgewerbes nicht ungünstiger genannt werden kann, so ist doch sicherlich eine Ab schwächung der Exportförderung festzustellen. Regelmäßiger ist jetzt der Verkauf in Italien. In der Tschechoslowakei wird zugegebenermaßen die Produktion ausgebaut, so ist die Bekleidung mit Raffia aus Brasilien und aus Nordfrankreich nach wie vor recht schwierig.

Ständige Tiefbörsen in Köln und Frankfurt a. M.

Im Anschluß an die in Köln und Frankfurt a. M. bestehenden Börsen sollen ständige Tiefbörsen abgehalten werden.

Bedenkende Steigerung des englischen Exportes in Baumwollgarne und Baumwollgewebe.

Die letzten Berichte aus Manchester melden, daß die Ausfuhr von Baumwollgarne im Monat September dieses Jahres 12 Millionen 843'000 Yards gegen 6'803'300 Yards im September 1918 betrug und daß im gleichen Zeitraum die Ausfuhr von Baumwollgewebe von 247'750'000 Yards auf 277'792'700 Yards gestiegen ist.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes

zeigt in dieser Woche, soweit die Baumwollindustrie in Betracht kommt, eine kleine Verbesserung. Allerdings sind die Preise für feinere Garnearten und für feinere Baumwollgewebe weiter gestiegen. Die Wollverarbeitung arbeiten, soweit ihnen dies möglich ist, und soweit Rohstoff zur Verfügung steht, in befriedigender Weise. Speziell die Wollwarenfabrikanten haben mehr Aufträge als sie auszuführen in der Lage sind, in Händen. In der Seidenindustrie herrscht normaler Geschäftsgang, der selbst durch das fortgelegte Steigen der Rohstoffpreise nicht unterbrochen worden ist. Aus der Seidenindustrie liegen neuere Nachrichten von Belang nicht vor. Der Rohstoffmangel in diesem Zweig bleibt noch vorherrschend.

Aus unserer Bewegung.

Gaukonferenz in Stuttgart.

Unsere am 19. Oktober abgehaltene Gaukonferenz erzielte sich eines guten Erfolges. Unentbehrlich fand die Ortsgruppe Stuttgart zum zweiten Mal erstaunliche Bericht über die Verbandsgeneralversammlung in Düsseldorf, die

dort gesetzten Beschlüsse und die dadurch notwendig werdenenden Reformen. Die anschließende Aussprache war sehr lebhaft und nahm längere Zeit in Anspruch, so daß das auf der Tagesordnung stehende Referat des Kollegen Rümmele über Rätehyperm und Aufgaben der Betriebsräte nur in bedeutend abgekürzter Form erledigt werden konnte.

Die anschließende Wahl einer Gaukommission hatte folgendes Ergebnis: Es wurden gewählt, Maier Friedrich, Spielberg; Hug Johannes, Busenbach; Deger Joseph, Gräfenroth; Späth Karl, Langensteinbach; Leppke Karl, Ettlingen und anderer Adolph, Reichenbach.

Inzwischen waren die Vertreter des Kartells der christlichen Gewerkschaften für Ettlingen und Umgebung ebenfalls zu der Tagung erschienen, um mit der Gaukonferenz zur Lebensmittelversorgung Stellung zu nehmen.

In längeren Ausführungen gab Kollege Kiefer einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Versorgung in unserem Bezirk und über die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um zu versuchen, den Winterbedarf, insbesondere an Kartoffeln und sonstigen Lebensmitteln sicherzustellen. Redner kennzeichnete mit scharfen Worten die Machenschaften gewisser Kreise, die die Lage des armen Volkes benügen, um sich wucherischer Weise zu bereichern.

Die anschließende Aussprache war teilweise sehr erregt. Nebeneinander wurden die schärfsten Maßnahmen verlangt, um Bucher und Schleicherhandel zu unterbinden und dem Schieberatum, diesem Krebskörper unseres Wirtschaftslebens, das Handwerk zu legen. Es wurde beschlossen, nachstehende Entschließung an die Reichsregierung, die deutsche Nationalversammlung und die badische Regierung zu übersenden:

Gesetzestext:

Die am 19. Oktober im Saal zum „Ritter“ in Ettlingen versammelten Gewerkschaftsvertreter des Gaus Unterbaden vom Generalverband christlicher Textilarbeiter, sowie die Delegierten des Kartells der christlichen Gewerkschaften, für Ettlingen und Umgebung ergeben den schärfsten Protest gegen das immer wieder um sich greifende Bucher- und Schieberunwesen, dem wir die unzählbare Lage in der Lebensmittelversorgung, verbunden mit zunehmender Teuerung zugutezuhalten haben. In dem Bestreben, Mittel und Wege zu finden, die es ermöglichen, eine Verbesserung der Lage des gelannten Volkes herbeizuführen, sind die Besammlungen in Beratungen hierüber eingetreten.

Die Beratungen haben ergeben, daß all die kleinen Mittel, die von den verantwortungsvollen Stellen zur Bekämpfung von Bucher- und Schleicherhandel zur Anwendung gebracht werden, nicht ausreichend sind, um das Unheil an der Wurzel zu löschen. Unbedingt erforderlich ist, daß der Staat ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung des Schieberunwesens in die Hand bekommt. Dazu ist nötig, daß er die entsprechenden von der Verpflichtung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses entbindet.

Täglich müssen die Verkehrsbahnen mit ansehen, wie unter dem Schutz des Dienstgebäudes ungeheure Mengen von Lebensmitteln verschoben und der darbenden Bevölkerung vorerhalten werden, um schließlich zu Bucherpriisen abzugeben zu finden.

Der Dienstfeld verfüchtet den Verkehrsbahnen, zum Wohl des Staates zu wünschen. Sein Gewissen sagt ihm aber, daß es unverantwortlich ist, durch die Schweigeflicht ein skrupelloses Schieberatum weiterhin zu unterstützen in demstreben, unter Gott bis ans Ende auszuhängen und dem Untergang entgegenzuführen.

Die großer Sorge lehnen wir dem Winter entgegen. Besonders der unbeherrschte Kreis hat sich große Unsicherheit gemacht, die zu schweren Beschränkungen führt. Es ist deshalb Pflicht des Staates, jeden gangbaren Weg zu beschreiten, der unser Volk vor dem Verderben bewahrt. Deshalb fordern wir:

1. Sofortige Schaffung eines Reichsgesetzes, das den § 117 der Reichsverfassung so lange außer Kraft setzt, bis das Schiedsgericht erledigt ist.

2. Gleichzeitig Schaffung eines Reichsgesetzes, das die Schieber aus hoher Geldstrafe mit harten Freiheitsstrafen befreit und daß bei besonders traurigen Fällen die Verhängung derodesstrafe und Einziehung des Vermögens verfügt.

Die vorliegende Verordnung aber fordert wir als mitzutwirken, bei der Bekämpfung des Schieber- und Schieberatumus. Jede Lohn- und Gehaltsverhöhung ist vorlängig vor, solange gewisse Volkskreise die Preise immer weiter in die Höhe treiben, um sich die Taschen zu füllen. Sie kannten wir zu wünschen und je geschlossener wir den Kampf gegen gegenwärtige Ausbauten unserer Lage, desto eher wird eine Besserung zu erwarten sein.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bitterfeld. Am 10. Oktober wurde hierzuläßt die Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes gegründet. Dies scheint einem großen Teil der Freiorganisierten nicht in den Sinn gebracht zu haben. Die Kollegen Bernd Lebel, die die Leitung dieser Ortsgruppe in die Hand genommen, hatten gleich unter dem größten Druck zu leiden. Durch Auseinandersetzungen des Schieberamtes kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen wie: die rote Bande u. dgl. Karren. Anfang August gegen sie vorgegangen, machte nun eine Stützstation daraus. Die Kollegin wurde gezwungen, in der Stadt eine finanzielle Abbitte zu leisten, während sie die Arbeit in den Streit treten. Frau Bernd Lebel, welche schon 22 Jahre bei der Firma arbeitet, gab dem Raum der Schieberfamilie noch und feststeht bei geforderte Abbitte. Dies passte nun den „roten“ Auszubildenden nicht. Die Kollegin hatte die Frist zugesetzt, es lehnte jeder vor dem Landrat die gesetzliche Frist gering dahin. Dies war das Signal, um Sonderabstimmung am 18. Oktober, durch Arbeitsaufstellung die Firma zu zwicken, die Arbeitern zu entlassen. Durch Vermittelung des Kollegen Bernd und des Vorsitzenden der Ortsgruppe des Deutschen Textilarbeiterverbandes Bühligerstorff. Herrn Bernd wurde die Frist gestellt. Die geforderte Abbitte leistete die Kollegin nochmals unter dem Druck der Schieberfamilie und kommt somit wieder in die Firma zurückzumüssen. Das kann man nicht mehr dulden, die Kampfesweise der Gegner kann zu nicht mehr erträgen, so füllt ich mir den Stoff aus.

Wipperfürth. „Matt, Luije, wie deine Seele, ist diese Zimmerarbeit? Das kann man nicht als Arbeit nennen.“ So lautet in der Nr. 44 der Zonen-

des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes sagen. In zum Teil recht kühnlicher und zum Teil demagogischer Weise formuliert ein Schrift darunter, daß in den konfessionellen Vereinen den sogenannten freien Gewerkschaften die Macht ein wenig gelöst wird. Verehrter Freund! Wer schimpft, hat unrecht! Es ist doch schieflich das gute Recht dieser Gewerkschaften und ihres Führers, ihre Mitglieder über das offene Bekenntnis der „freien“ Gewerkschaften zum radikalsten Sozialismus aufzulären, zumal hier, wo sich die „freien“ Gewerkschaften ein neutrales Männchen umhängen und sich nicht selten sogar als die Reiter und Söhne der Religion und des Christentums ausspielen. Die Willkürarbeitszeit in der Presse und in den sonstigen Bereichen ist die Folge der Freiheit der noch christlich denkenden Arbeiterchaft durch die „freien“ Gewerkschaften. Wer für eine Sache wirkt, soll das mit ehrlichen Mitteln machen, soll auch den Nutzen haben, in diesem Falle z. B. den Leuten offen und frei zu erkären, daß in den „freien“ Gewerkschaften die „Unabhängigen“ die Macht erhaben und Ziel und Richtung bestimmen. Dass die Schad für diese Entwicklung der Dinge auf die politische Sozialdemokratie zurückfällt, die die „freien“ Gewerkschaften seit ihrer Gründung zu parteipolitischen Zwecken missbraucht hat. Wie gerade im „dritten“ Wipperfürth kann man von Seiten der „freien“ Gewerkschaften mit solchen Ausschreibungen keine Geschäfte machen. Darum wird hier das bekannte „Ende“ der Arbeiterkraft beliebt. Möchten wir im Stile des „dritten“ Wipperfürth jetzt bez. dann müssten wir diese Ausschreibungen als „wackerne Zeitgeschichte“ bezeichnen. Im übrigen kann man dem Geschriebel antworten, daß es weiter nichts ist, als wie ein Schmerzensgeld eines Vorgesetzten, dem die Teile fortgeschwommen.

Laatzen. Ein heftiges Wissensummen in unserem Verbande, so konnten wir vor längerer Zeit von unserer Ortsgruppe im Verbandsorgan lesen. Dass der Boden frucht getragen, den wir beackert, bewies uns eine gestraue öffentliche Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Anton Krabbe, leitete die Versammlung. In lauter Form beantragte Gewerkschaftsschreiber Schilling-Krause die beiden Fragen, ist es nötig, daß wir uns organisieren, und wenn ja, wo sollen wir uns organisieren? Dass dessen Ausführungen verstanden waren, wurde am besten durch eine plattdeutsche Ausschreibung bewiesen. Zu Punkt 2 erfolgte ein kurzer Bericht über die Neuregelung des Vertrags- und Uferstättungsvertrags, woran sich eine Bekanntgabe der neu-ten Bestimmungen in der Wochenblatt anschloß. In seinem Schlußwort forderte Kollege Schilling-Krause nochmals zur österreichigen tätigen Mitarbeit im Verbande auf.

Witten. Im Saale von Amerong fand am 14. Oktober eine vom christlichen Textilarbeiterverband einberufene Versammlung statt. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Koch, Beverborg eröffnet und geleitet und stellte den Mitgliedern den neuen Beamten des Verbandes für den nächsten Jahr, Kollege Dieter aus Bocholt vor. Hierauf nahm Kollege Dieter das Wort und führte etwa folgendes aus: Überzeugt von der Notwendigkeit des Zusammen schlusses der Arbeiter, hätten auch die Arbeiterinnen und Arbeiter in Breden den Anteil an den Verband gehabt und gefunden. Als gute Gewerkschaftsräte möchte man sich darüber klar sein, daß zu einer erfolgreichen Arbeit in der Organisation Osterfran, Elsflethre und Soestarzt geübt werden müßten. Nachdem Redner die Jugend näher beleuchtet, gab er seinerseits den Mitgliedern Erklärung darüber, wie er sein Amt ausübt und beabsichtigt, hier im Bezirk für das Wohl des Verbandes zu arbeiten. Zum Schluß gab Dieter noch einige Auskünfte über die stattfindende Verbandsgeneralversammlung, über Frankfurter Organeigenschaften und über die Errichtung einer Konjunkturgesellschaft. Auch soll für die Auflösung der Mitglieder in den verschiedenen Fragen gesorgt werden durch Abholen von Unterzeichnenden. Der rechte Beifall zeigte, daß die Versammlung mit den Ausführungen des Redners sehr zufrieden war. Nach einem kurzen Dankwort des Vorsitzenden an den Redner wurde die Versammlung geschlossen.

Wautlo. Unsere Ortsgruppe hielt am 5. Oktober eine Mitgliederversammlung ab. Wie wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Zimmerman, eröffnet. Nach Erledigung einiger geöffneter Fragen erklärte er dem Kollegen Elschen aus Wautlo auch das Wort. Ein eindringlicher Begründet dieser die Notwendigkeit der Erweiterung, wodurch es auch wieder möglich sei, die verschiedenen Interessengruppen gewähren zu können. Durch den Schluß eines Tarifvertrages für den hiesigen Industriebetrieb sind jedoch bedeutende Vorteile für viele Textilarbeiter erreicht worden, und jetzt gelte es erneut, den Tarif den veränderten Lebensverhältnissen entsprechend, zu verbessern. Über Sozialisierung um die Bedeutung der Textilarbeiter in der Zukunft wußte keiner interessante und freiliche Ausführungen zu machen. Unerfreulich war es, hören zu müssen, wie unsere Kollegen in Südbadenland und auch in anderen Orten, wo diese in der Kinderheit sind, unter dem Tertir der sozialdemokratischen Organisationen zu leben haben. Als der größte Feind der Arbeiterschaft bezeichnete der Kollege die Schieber und Bucher, welche ohne Ehrbarkeit mit allen Mitteln zu befriedigen seien. Auch von der Generalversammlung aus sei in dieser Sache ein Beispiel gefasst worden, welches bei den Schiebern gewiß Beachtung gefunden habe, und sei zu hoffen, daß dieses unanständige Handel bald ein Ende bereitet werde. Mit der Aussicht, mehr Interesse für unsere christliche Bewegung zu zeigen, aber auch den Kopf der Befreiung bei Angreifen zu haben, schloß er seinen Bericht. Im Namen der Versammlung dankte der Vorsitzende dem Kollegen Elschen und gab ihm Dank und Anerkennung, daß das Schieber auch befreit werden möge. Die Eltern obwohl sie ihre Kinder mehr zur gesellschaftlichen Mitarbeit anregen, damit diese auch als richtige Gewerkschafter herangestellt werden möchten. Kollege Elschen gab dann noch einige einfache Worte über zeitige Tariffragen, wozu Beispiele gezeigt werden. Außerdem noch einige Wahlen getätigten worden, insbesondere der Vorsitzende die in allen Teilen gut verlaufenen Versammlung.

Wipperfürth. Ein schöner Erfolg unserer Orga-division! Die Städteversammlung in Wipperfürth vom 14. Juli d. J. bestätigt am Antrag des Bürgermeisters, den erwerbsbehörden Textilarbeiter solange keine Unterstützung auszuweisen, bis der Staat die bereits für diesen Zweck von der Stadt Wipperfürth angelegten Gelder zurückzuzahlen wäre.

Der Arbeiterschaft war es unverständlich, daß die Städteversammlung einen solchen Antrag der erwerbsbehörden ablehnen und gegen die Rechtsgelehrten verhindern ließ, die Rechtsgelehrten gegen die Rechtsgelehrten verhindern ließen.

Die hierige Ortsgruppe nahm lebhaft verständlich gegen den Deutschen Stellung und erklärte dem der tollkriagigen Unter-

Wipperfürth und über diese beim Regierungspräsidenten in Köln sowie beim Reichsarbeitsamt in Berlin geführt wurden, daß der Stadtrat Wipperfürth 11000 Mark der Gelder zurückgestattet und der noch verbleibende Rest der ausgelegten Gelder durch den Regierungspräsidenten in Köln vom Stadtrat anfordert wurde.

Am 26. September hat nun endlich die Stadtversammlung beschlossen, den erwerbsbehörden Textilarbeitern die ihnen geistlich zustehende Unterstützung auszuzahlen.

Besondere Bekanntmachungen.

Mitglieder! Wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an dem Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 48. Wochenbeitrag im Jahre 1919 für die Zeit vom 9. bis 15. November 1919 fällig ist.

„Die christliche Arbeiterin im Berufe und Wirtschaftsleben“.

so ist eine Zeitung bestellt, die vom Arbeiterinnenbureau des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Köln, Venloerwall 9, herausgegeben wird. Die Zeitschrift dürfte sich ganz besonders für alle Kolleginnen eignen, die in den Ortsgruppenvorständen, Arbeiterinnenkommissionen und an sonstiger verantwortlicher Stelle für unsere Bewegung tätig sind. Die Zeitschrift erscheint monatlich. Da der jährliche Bezugspreis von 2,40 M. im voraus eingelandt werden muß, empfehlen wir den Ortsgruppenvorständen, für ihre im Dienste des Verbandes tätigen sollt gern die Bestellungen möglichst bald an das Arbeiterinnensekretariat zu richten. Von dort aus kann der Verstand für alle bestellten Exemplare nur an eine Adresse in jeder Ortsgruppe erfolgen.

Der Verstand von Verbandsmaterial.

Zeitung, Marke usw., hat sich in der letzten Zeit infolge der barniederliegenden Verkehrs- und Transportverhältnisse vielfach ganz erheblich verzögert. So sind vor allem die Pakete mit den neuen Marken unverhältnismäßig lange unterwegs gewesen. Einige Pakete, deren Absendung uns schon vor längerer Zeit gemeldet wurde, sind erst Ende Oktober bei der Zentralstelle eingegangen. Die Verzögerungen erfolgen ohne Verzögerungen der Zentralstelle.

Briefkassen der Schriftleitung.

An Kollegen J. A.: Den Artikel „Etwas vom Terrorismus“, im Organ des deutschen Textilarbeiterverbandes, Nr. 44 vom 31. Oktober 1919, hat bereits am 11. Oktober 1919 der sozialdemokratische „Volkswill“ Münster veröffentlicht. Nur so erklärt es sich, daß zu genau derselben Zeit, wo der „Textilarbeiter“ diesen Artikel brachte, in unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ (Nr. 44 vom 1. Nov. 1919) unter der Rubrik: „Aus unserer Bewegung“ schon auf diese „Beweise“ des sozialdemokratischen Textilarbeiters, die in Wirklichkeit aber gar keine Beweise sind, eingegangen werden konnte. Du hast Recht, es ist schon ein starkes Stück, angesichts einer Reihe gerichtet festgestellter brutaler Gewalttaten noch von einer Textilarbeiter der Christenheit“ zu schreiben. Gegen uns Christen würden die Herrschenden nichts einwenden, wenn daselbst so stark bei uns ausgeprägt wäre, daß wir uns widersprüchlos von ihnen das Fell würden über die Ohren ziehen lassen.

An Kollegen O. B.: Deine Briefchrift können wir infolge großen Stossandranges erst in einer der nächsten Nummern veröffentlichen.

Mitglieder, agiert für den Verband!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der Kampf um die Macht in den „freien“ Gewerkschaften. — Ein deutsches Tarifarchiv. — Soziale Kritik im Siedlungswesen in England. — Neue soziale Aufstiegsmöglichkeiten. — Allgemeine Rundschau: Unglaubliches vom Kampf gegen das Schieberatum. — Vom Gespenst der Kohlennot. — Wo bleiben die Kleider- und Webwaren? — Die Gewissensfreiheit und die Unabhängigen. — Brutalität statt Freiheit durch sozialdemokratische Gewerkschaften. — Aus unserer Fabrik: Aus der internationalen Textilindustrie. — Ständige Textilbörsen in Köln und Frankfurt a. M. — Bedeutende Steigerung des englischen Exportes in Baumwollgarnen und Baumwollgewebe. — Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes. — Aus unserer Bewegung: Gaukonferenz in Ettlingen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Birkenau. — Wipperfürth. — Baier i. Westf. — Bremen. — Wipperfürth — Besondere Bekanntmachungen. — Briefe der Schriftleitung verantwortlich: Geb. Müller. — Doppelblatt 61, Seite 2.